

211044

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Diskussion ist jetzt ein bisschen aufgeregter. Aber das Plenum ist übersichtlich gefüllt. Viele Kolleginnen und Kollegen sind schon in der Mittagspause.

Herr Huber, Sie haben gesagt, wir hätten quasi Vollbeschäftigung. Das mag sein. Wir haben aber immer noch 62.000 Langzeitarbeitslose. Um die geht es hier. Ihnen hilft es nichts, wenn Sie auf SPD-geführte Länder hinweisen, wo es schlechter ist als in Bayern. Das mag richtig sein, aber konkret geht es hier um diese 62.000 Menschen und darum, was wir für diese Menschen konkret tun können.

Die SPD hat zu diesem Thema ein Antragspaket geschnürt. In Anträgen müssen die Probleme aufgezeigt und die Frage gestellt werden, wie diese Probleme gelöst werden können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

211048

Bayern soll eine Vorstufe zum Paradies sein. Allerdings ist Bayern für mindestens 15 bis 20 % der Menschen keine Vorstufe zum Paradies. Dazu gehören auch diese 62.000 Langzeitarbeitslosen, die wir unterstützen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

221001

Langzeitarbeitslose in eine regelmäßige Beschäftigung zu bringen ist ein ehrenhaftes Anliegen. Deshalb ist der Antrag der SPD grundsätzlich berechtigt. Es ist sinnvoll, auch in Zeiten niedriger Arbeitslosigkeit auf dieses Thema einzugehen. Manchmal ist

es schwierig, die Gründe zu erfahren, warum die Betroffenen langzeitarbeitslos sind. Das hängt oft mit einer Verletzung des allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatzes zusammen. Aber es sind auch viele Alleinerziehende oder Kranke, die nicht so ins Bild passen, betroffen. Auf der anderen Seite bedeutet das nicht, dass die Betroffenen nicht arbeiten können und möchten. Man muss sehen, was insgesamt getan werden kann. Deshalb sind wir der Meinung, dass in Bayern ein Handlungsbedarf gegeben ist. Daher müssen wir Konsequenzen aus dem Bericht über die soziale Lage 2014 ziehen und Maßnahmen fordern.

221002

Wir kommen nun zum Antrag der SPD. Unter Nummer 1 wird gefordert zu prüfen, inwieweit der Freistaat als öffentlicher Arbeitgeber mehr Langzeitarbeitslosen die dringend notwendige Chance auf dem Arbeitsmarkt geben kann. Diese Forderung ist aus unserer Sicht richtig und absolut sinnvoll.

221003

Bei den Nummern 2 und 3 haben wir überlegt, weil diese Forderungen etwas allgemein sind und konkreter hätten formuliert werden müssen. Man kann sich natürlich fragen, wie die von der SPD gestellten Forderungen erfüllt werden können. Die CSU hat es leicht gehabt, im Ausschuss diese Forderung abzulehnen. Es stellt sich die Frage, was in Bayern schief läuft und konkret geändert werden muss.

221004

Natürlich – das ist im Haushaltsausschuss thematisiert und von meinem Kollegen Pohl angesprochen worden – ist die grundgesetzliche Vorgabe zu beachten, wonach jeder nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung Zugang zu einem öffentlichen Amt haben muss. Insofern handelt es sich bei Artikel 33 Absatz 2 des Grundge-

setzes um eine sinnvolle und faire Vorgabe. Sie muss aber auch insgesamt mit Leben erfüllt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

221006

Wenn der Antrag der SPD in der Praxis etwas bewegen soll, dann muss die Staatsregierung konkrete Handlungsaufträge bekommen. Wir hätten uns das gewünscht, und dann wäre der SPD-Antrag auch effektiver gewesen. Wir sehen in dem Antrag noch eine gewisse Schwäche. Trotzdem werden wir dem Antrag der SPD zustimmen. Die darin vermittelte Botschaft ist richtig und notwendig. Es ist auch wichtig, dass der Freistaat etwas tut. Es ist festzustellen, dass der Freistaat Bayern darauf hinwirken soll und auch motivieren soll. Deshalb stimmen die FREIEN WÄHLER dem Antrag zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)